

Beschlussempfehlung und Bericht

des Finanzausschusses

**zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 7. Juli 2008
– Drucksache 14/3402**

**Denkschrift 2008 zur Haushaltsrechnung 2006;
hier: Beitrag Nr. 2 – Haushaltsplan und Haushaltsvollzug
für das Haushaltsjahr 2006**

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Rechnungshofs vom 7. Juli 2008 zu Beitrag Nr. 2
– Drucksache 14/3402 – Kenntnis zu nehmen.

18. 09. 2008

Die Berichterstatterin:

Der Vorsitzende:

Ursula Lazarus

Ingo Rust

Bericht

Der Finanzausschuss beriet die Mitteilung Drucksache 14/3402 in seiner
29. Sitzung am 18. September 2008.

Die Berichterstatterin wies darauf hin, im Nachtrag zum Staatshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2006 seien die Einnahmen und Ausgaben auf 31,8
Milliarden € festgesetzt gewesen. Gegenüber diesem Betrag habe sich beim
Vollzug des Haushalts 2006 unter Berücksichtigung der Haushaltsreste ein
rechnungsmäßiger Überschuss von 1 Milliarde € ergeben.

Der Rechnungshof stelle die Entwicklung der Haushaltsansätze und der
Istausgaben in den Tabellen 1 und 2 auf den Seiten 16 und 17 der Denkschrift

Ausgegeben: 18. 11. 2008

1

dar. Danach hätten sich die Istaussgaben insgesamt in den Jahren 1998 bis 2007 um 1 % erhöht. Der geringe Anstieg sei allerdings darauf zurückzuführen, dass die Kreditaufnahme ab dem Staatshaushaltsplan 2000/01 nicht mehr brutto, sondern ohne die Tilgungsausgaben veranschlagt werde. Die Personalausgaben seien innerhalb dieses Zehnjahreszeitraums um 12 % gestiegen.

Der Rechnungshof stelle fest, dass der Landeshaushalt 2006 nach den Vorgaben des Staatshaushaltsplans vollzogen worden sei. Er bestätige insbesondere, dass die von den Ressorts zu erwirtschaftenden globalen Minderausgaben von insgesamt 213 Millionen € – im Vorjahr hätten sie bei 126 Millionen € gelegen – nachgewiesen worden seien.

Sie schlug folgende Beschlussempfehlung vor:

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Rechnungshofs zu Beitrag Nummer 2, Drucksache 14/3402, Kenntnis zu nehmen.

Ein Abgeordneter der Grünen merkte an, der Rechnungshof weise in seinem Beitrag darauf hin, dass zum Zeitpunkt der Drucklegung der Denkschrift die Höhe der Haushaltsreste 2007 noch nicht festgestanden habe. Er bitte darum, dem Ausschuss die Höhe der Ausgabereste 2007 in einer Auflistung getrennt nach Ressorts darzustellen.

Der Vorsitzende des Finanzausschusses machte darauf aufmerksam, die betreffenden Übersichten würden dem Ausschuss jährlich vorgelegt.

Der Abgeordnete der Grünen fragte, wie mit den Einnahmeresten 2006 in Höhe von rund 1,7 Milliarden € aus Kreditemächtigungen verfahren werde.

Ein Vertreter des Finanzministeriums trug vor, aufgrund der Entscheidung des Landes, ab 2008 sowohl im Ist als auch im Soll keine Kredite mehr aufzunehmen, werde ein Teil von 600 Millionen € des von seinem Vorredner aufgegriffenen Gesamtbetrags nicht mehr in Anspruch genommen. Die verbleibende Milliarde sei erforderlich, um übertragene Ausgabereste zu decken. Die Deckung der übrigen Ausgabereste wiederum erfolge über den gebildeten Kassenüberschuss.

Der Ausschuss stimmte dem Beschlussvorschlag der Berichterstatterin einstimmig zu.

05. 11. 2008

Ursula Lazarus